

Die Arbeit ist mehr wert

Die Zeit ist reif für eine Gleichstellung

Grundschullehrer_innen leisten eine Arbeit, deren Anforderungsprofil und deren gesellschaftlicher Wert unterschätzt und abgewertet werden. Das zeigt ein Blick in die Besoldungs- und Entgelttabellen. Sie sind niedriger eingruppiert als ihre Kolleg_innen an Gymnasien, Gesamtschulen, Berufsschulen. (In einigen Ländern sind auch Haupt-, Real- und Gesamtschullehrkräfte in der Sekundarstufe (Sek) I bei der Bezahlung abgehängt). Als Begründung heißt es, Grundschullehrer_innen arbeiteten überwiegend pädagogisch. Das stelle geringere Anforderungen als Berufsvorbereitung und Wissensvermittlung an weiterführenden Schulen. Doch das ist kurzfristig, haltlos und diskriminiert Frauen. Mit 88,8 Prozent haben Grundschulen unter den Lehrkräften den höchsten Frauenanteil aller Schularten. Hier liegt der eigentliche Grund für die schlechtere Bezahlung. Die Spielregeln für die Eingruppierung sind zwar geschlechtsneutral formuliert, treffen aber überwiegend Frauen. Das ist eine mittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts!

An Grundschulen wird das Fundament für die Bildungskarriere der Kinder gelegt. Hier werden nicht nur grundlegende Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen vermittelt. Kinder lernen zu lernen – allein und in der Gruppe. Sie lernen, Verantwortung für sich selbst und für andere zu übernehmen. Sie trainieren die Fähigkeit, Konflikte auszutragen, an-

deren zuzuhören und mit Kritik umzugehen. Angeleitet werden sie dabei von Grundschulpädagog_innen, die – je nach Bundesland – schon seit 20 bis 30 Jahren an Universitäten ausgebildet werden. Sie haben die Entwicklung der gesamten Persönlichkeit im Blick und nicht nur die Deutsch- oder Mathenote. Lehrer_innen an weiterführenden Schulen können darauf aufbauen.

Eine Rangfolge nach dem Motto „kleine Kinder kleines Geld, große Kinder großes Geld“ ist überholt. Von solchen veralteten Denkmodellen müssen wir uns verabschieden. Die Arbeit an Grundschulen ist ge-

Als Begründung für die schlechtere Bezahlung heißt es, Grundschullehrer_innen arbeiteten überwiegend pädagogisch

nauso fordernd wie an anderen Schulen. Das zeigt ein arbeitswissenschaftlicher Vergleich der Tätigkeiten mit der Sek II. Intellektuell sind Lehrer_innen im Elementarbereich nicht weniger beansprucht. Die psychischen und die sozialen Anforderungen sind sogar höher. Das dreigliedrige Schulsystem beschert weiter-

führenden Schulen vergleichsweise homogene Lerngruppen. An Grundschulen hingegen trifft die gesamte soziale Bandbreite unserer Gesellschaft aufeinander. Und hier wird Inklusion gelebt. Denn lernschwache Kinder, Kinder aus migrantischen Familien und Kinder mit besonderen Bedürfnissen werden integriert. Und mit ihrer Empfehlung für eine weiterführende Schule in der vierten Klasse tragen Lehrer_innen Verantwortung für den weiteren Lebensweg des Kindes. Diese Arbeit ist der Tätigkeit an anderen Schulformen zwar nicht



gleich, wohl aber *gleichwertig*. Das muss sich in der Bezahlung widerspiegeln.

Grundschullehrer_innen sind solche Abwertungen leid. Sie wollen endlich die Anerkennung, die dem arbeitswissenschaftlichen und gesellschaftlichen Wert ihrer Arbeit angemessen ist. Ihre Bezahlung steht daher auf der GEW-Agenda. Am 13. November 2015 beging die GEW Hessen den ersten Tag der unbezahlten Arbeit an Grundschulen. Gemessen an anderen Schulformen bekamen Grundschullehrer_innen ab diesem Tag kein Geld mehr. Denn in Hessen (wie auch in allen anderen Ländern) wird der Elementarbereich nach A12 (bzw. Entgeltgruppe 11) bezahlt, die anderen Schulformen hingegen nach A13. Die GEW-Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben die Besoldung rechtlich prüfen lassen. Ergebnis: Die unterschiedliche Eingruppierung ist

nicht haltbar, zumal in diesen Ländern (wie auch in Berlin, Hamburg, Bremen, Niedersachsen) die Lehrkräfte aller Schulformen gleich lang und gleich aufwändig ausgebildet werden. Die GEW Niedersachsen thematisiert die Anhebung der Bezahlung in Verbindung mit einer Absenkung der Unterrichtsverpflichtung an Grundschulen. Auch in den Ländern, in denen die Lehrkräfte nicht verbeamtet sind, geht es um die Aufwertung

des Berufsfeldes und die bessere Bezahlung der Grundschullehrer_innen: Die Forderung nach der Entgeltgruppe E 13 für alle Lehrkräfte mit voller Lehrer_innenausbildung unterstreicht der Landesverband Berlin Ende Januar 2016 mit Warnstreiks. E 13 für alle liegt auch in Sachsen den GEW-Forderungen zu einem Eingruppierungstarifvertrag zugrunde.

Für die GEW ist klar: Professionalität hat ihren Preis – un-

abhängig davon, ob die Arbeit von einem Mann oder einer Frau geleistet wird. Deswegen fordern wir, die Tätigkeit an Grundschulen aufzuwerten. Alle Lehrer_innen gleich welcher Schulform leisten gleichwertige Arbeit. Sie muss auch gleich bezahlt werden.

FRAUKE GÜTZKOW
Mitglied im Geschäftsführenden
Vorstand der GEW-Bund

BERUFSSTART IN HAMBURG

Weiterhin in der Warteschleife

44 Prozent aller Schulabgänger_innen nach Klasse 10 gehen 2015 in berufsvorbereitende Maßnahmen über, nur 36 Prozent beginnen eine Ausbildung

Normalerweise lässt Schulsenator Rabe keine Gelegenheit aus, um per Pressekonferenz mehr oder weniger echte „Erfolgsmeldungen“ in die Öffentlichkeit zu transportieren. Bei der Befragung der Schulabgänger_innen 2015 war das erstmals anders. Deren Ergebnisse wurden am letzten Schultag vor den Weihnachtsferien am Spätnachmittag still und leise per Email verschickt. Warum das?

Nur 24,8 Prozent beginnen eine klassische betriebliche Berufsausbildung

Ein Blick auf die Befragung 2015 zeigt, warum Schulsenator Rabe offenbar keine Lust hatte, die Ergebnisse zu präsentieren (siehe Abbildung 1).

Aus dieser Abbildung lässt sich vor allem zweierlei ablesen:

(1) Die Ausbildungsvorbereitung, also eine Warteschleife, ist der wichtigste Bildungsgang für Schulentlassene nach Klasse 10 in Hamburg: Nach dem Schulende 2015 sind 44 Prozent der Schulentlassenen in die Ausbildungsvorbereitung, aber nur 36,7 Prozent in eine Ausbildung eingemündet. Dabei ist zu beach-

ten, dass von den 36,7 Prozent in Ausbildung Eingemündeten lediglich 24,8 Prozent eine klassische betriebliche Ausbildung, weitere 8,4 Prozent eine schulische Ausbildung und 3,5 Prozent das Hamburger Ausbildungsmodell oder eine außerbetriebliche Ausbildung begonnen haben.

(2) Der Anteil der in Ausbildung Eingemündeten konnte von 2011 bis 2013 immerhin von 21,6 Prozent auf 38,7 Prozent erhöht werden. Dies ist vermutlich auf zwei Maßnahmen der Schulbehörde zurückzuführen: Zum einen ist die teilqualifizierende

Berufsfachschule abgeschafft worden, wodurch dieser Bildungsgang für viele Jugendliche verstopft wurde. Sind 2011 noch 31,8 Prozent der Schulentlassenen in diese Schulform gewechselt, waren es 2013 keiner bzw. keine mehr (siehe Abbildung 1). Zum zweiten ist quasi eine neue Warteschleife in Form des 10. Schuljahrs an Stadtteilschulen für diejenigen Jugendlichen geschaffen worden, die in Klasse 9 keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Hier verbergen sich beachtliche Zahlen, wie die Abbildung 2 zeigt: Während

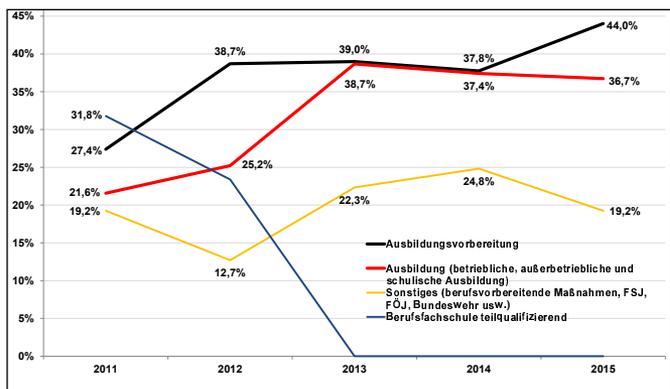


Abbildung 1: Verbleib der Schulentlassenen aus den Klassen 9 und 10, Hamburg 2011-2015

Tabellen: Kay Beiderwieden